

## **Jugendgewalt als Wahlkampfthema**

### **Eine kriminologische Analyse zum hessischen Landtagswahlkampf des Jahres 2008**

*Christian Pfeiffer/Dirk Baier*

#### **1. Eine Gewalttat wird zum zentralen Thema der parteipolitischen Auseinandersetzung**

Am 20. Dezember 2007 wurde von einer Überwachungskamera der Münchener Verkehrsbetriebe in einer U-Bahnhaltestelle gefilmt, wie zwei junge Männer einen älteren Mann niederschlugen und dann mit großer Wucht auf den am Boden Liegenden eintraten. Als Täter konnte die Polizei bald danach zwei junge Migranten türkischer bzw. griechischer Herkunft festnehmen. Sie gaben zu, die Tat begangen zu haben, und nannten als Grund, der Mann habe sich über ihr Rauchen in der U-Bahn beschwert. Der Film mit der extrem brutalen Gewaltszene wurde in allen Nachrichtensendungen des darauf folgenden Tages gezeigt. Die Massenmedien brachten die Geschichte als Top-Nachricht. Und der hessische Ministerpräsident Roland Koch hatte sein Wahlkampfthema gefunden: „Wir haben zu viele kriminelle junge Ausländer“, zitierte ihn die BILD-Zeitung am 28. Dezember 2007 mit Riesenlettern auf ihrer Titelseite.

In den darauf folgenden beiden Wochen wurde die Jugendgewalt und hier insbesondere die Gewaltkriminalität junger Migranten zu der zentralen Frage des hessischen Landtagswahlkampfes. Ausgangspunkt der Debatte waren dabei zwei Thesen von Herrn Koch, die er in Rundfunk und Fernsehen mehrfach wiederholte: „Von den Delikten mit körperlicher Gewalt gehen die Hälfte von jungen Menschen unter 21 Jahren aus. Von diesen Delikten wird die Hälfte von jungen Menschen mit Migrationshintergrund begangen; und das ist das besondere Problem.“<sup>1</sup> Ergänzend dazu bot Herr Koch zwei Patentrezepte zur Lösung des Problems an. Zum einen meinte er in Bezug auf die jungen Ausländer: „Wenn es uns gelänge, ein paar Dutzend solcher Intensivtäter außer Landes zu schaffen, würde das seine dauerhafte Wirkung nicht verfehlen.“<sup>2</sup> Zum anderen forderte er eine Verschärfung des Jugendstrafrechts, die Herabsetzung der Strafmündigkeit auf 12

---

1 Zitiert nach SWR, 3.1.2008, 18.00 Uhr-Nachrichten.

2 Vgl. Der Tagesspiegel, 6.1.2008.

Jahre für schwere Fälle von Kinderkriminalität und die Einrichtung von Erziehungscamps.<sup>3</sup>

Zunächst hatte es den Anschein, als ob es Herrn Koch auf diese Weise gelingen könnte, sich als starker Ministerpräsident zu profilieren, der mit der Forderung nach konsequentem Durchgreifen die Wählergunst auf seine Seite ziehen könnte. Doch dann geschah etwas, womit er offenkundig nicht gerechnet hatte. Eine wachsende Zahl von Journalisten stellte kritische Fragen zu den Thesen des Ministerpräsidenten, weil sie Zweifel an seinen Aussagen hatten und Gegenmeinungen hören wollten. Am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) wurde das dadurch spürbar, dass die Zahl der pro Tag eingehenden Interviewanfragen phasenweise auf über 30 anwuchs. Immer wieder standen dabei drei Themen im Vordergrund. Erstens: Stimmen die Thesen von Herrn Koch zur Jugendgewalt? Zweitens: Steigt die Jugendgewalt wirklich so an, wie es den Anschein hat und was ergibt sich insoweit für die Amtszeit von Herrn Koch zum Bundesland Hessen? Drittens: Welche Rolle spielen hierbei die jungen Migranten?

Wir haben uns daraufhin entschlossen, für den hessischen Wahlkampf zu allen drei Fragen eine Untersuchung durchzuführen und den Text in die aktuelle Debatte einzubringen. Zentrale Aussagen unserer Datenanalyse wurden am 14. Januar 2008 von der Süddeutschen Zeitung publiziert und danach von einer großen Zahl von Journalisten in weiteren Beiträgen verwendet. Mit unserer kritischen Position zu den Thesen des Ministerpräsidenten waren wir dabei nicht allein. Ein Beispiel dafür, wie sich die Fachöffentlichkeit in die Debatte eingebracht hat, bietet eine von 750 Wissenschaftlern und Praktikern unterzeichnete Resolution der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe e.V. (DVJJ), die am 14. Januar 2008 den Medien übergeben wurde. Unter Hinweis auf die Ergebnisse zahlreicher wissenschaftlicher Untersuchungen und die breiten Erfahrungen der Praxis wendeten sich die Unterzeichner sowohl gegen die Aussagen Kochs zur Jugendgewalt wie auch gegen seine politischen Handlungsempfehlungen. Stattdessen empfahlen sie, am bewährten Jugendstrafrecht festzuhalten und den sozialen Rahmenbedingungen der Entstehung von Jugendgewalt durch gezielte Maßnahmen zu begegnen.

Auch *Arthur Kreuzer* hat in den Medien deutlich zum Ausdruck gebracht, was er von einer derartigen Wahlkampfauseinandersetzung hält. So hat er sich am 14. Januar 2008 in ZEIT-online unter Hinweis auf Erkenntnisse der Psychologie und auf kindgerechte, pädagogische Alternativen gegen Kochs

---

<sup>3</sup> Vgl. [www.roland-koch.de/Koch-SPD-muss-Blockadehaltung-bei-Jugendstrafrecht-aufgeben/1199288052.html](http://www.roland-koch.de/Koch-SPD-muss-Blockadehaltung-bei-Jugendstrafrecht-aufgeben/1199288052.html) oder <http://www.cdu.de/doc/pdfc/080105-wiesbadender-erklarung.pdf>.

Forderung ausgesprochen, in Sonderfällen bei 12-jährigen das Jugendstrafrecht anzuwenden. Ein weiteres Beispiel bietet seine in ZEIT-online vom 29. Januar 2008 veröffentlichte Festrede aus Anlass der 100-Jahr-Feier des 1. Deutschen Jugendgerichtes. Darin wendet er sich klar gegen die Pauschalforderung nach einem härteren Jugendstrafrecht, stellt die kritische Gegenfrage, ob der Jugendarrest überhaupt noch zeitgemäß ist, plädiert für eine Verstärkung pädagogischer Maßnahmen zur sozialen Integration gefährdeter Jugendlicher und wendet sich gegen die euphemistische Bezeichnung der Jugendstrafe als „stationäre Gesamterziehung“.

Die Frage, welchen Einfluss diese Debatte auf den Ausgang der hessischen Landtagswahl gehabt hat, wird Politologen vermutlich noch lange beschäftigen. Wir möchten nachfolgend dokumentieren, mit welchen empirischen Erkenntnissen und Argumenten wir diesen Wahlkampf begleitet haben. Dabei werden wir zuerst auf die Frage eingehen, ob sich für die Thesen Kochs zur Struktur der Jugendgewalt sowie zum Anteil der jungen Migranten in der polizeilichen Kriminalstatistik Bestätigungen finden lassen. Danach wenden wir uns der Entwicklung der Jugendgewalt in Hessen während der zwei Legislaturperioden der von Ministerpräsident Koch geführten Landesregierung zu. Schließlich möchten wir unter Heranziehung von Erkenntnissen aus den seit 1998 durchgeführten KFN-Schülerbefragungen Befunde dazu präsentieren, wie sich die Gewaltkriminalität von jungen Migranten im Dunkelfeld entwickelt hat und welche Faktoren für die Entwicklung verantwortlich sind.

## **2. Kochs Thesen zur Jugendgewalt**

Eine These Kochs war, dass jeder zweite körperliche Gewalt ausübende Täter unter 21 Jahre alt ist. Wir haben diese Behauptung anhand der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) überprüft. Zu den Delikten, die unter Einsatz körperlicher Gewalt verübt werden, gehören zunächst alle Taten, die unter dem Oberbegriff „Gewaltkriminalität“ erfasst werden – also vorsätzliche Tötungsdelikte, Raubtaten, Vergewaltigung und die gefährlichen/schweren Körperverletzungen. Hinzu kommen die einfachen Körperverletzungen. Die PKS 2006 weist aus, dass von 511.358 insgesamt erfassten Tatverdächtigen dieser Delikte mit Körpergewalt 168.578 (d.h. 33 Prozent) unter 21 Jahre alt waren. Nun könnte man einwenden, dass diese Zahlen nur das Hellfeld der polizeilich aufgeklärten Gewalttaten betreffen. Aber zum Dunkelfeld der nicht angezeigten Delikte, die im Jahr 2006 unter Einsatz körperlicher Gewalt insgesamt in Deutschland verübt wurden, stehen keine Erkenntnisse zur Verfügung. Auf diese unbekannte Gesamtmenge von Gewalttaten kann sich Herr Koch also nicht bezogen haben. Es ist deshalb für uns nicht nachvollziehbar, wie Herr Koch zu seiner Quote von 50 Prozent gelangt ist.

Für seine zweite Behauptung, die Hälfte dieser jungen Tatverdächtigen seien Migranten, zeigt sich ein entsprechendes Bild. Erneut bleibt unklar, auf welche Quelle Herr Koch diese Einschätzung gestützt hat. Die polizeiliche Kriminalstatistik enthält dazu jedenfalls keine Informationen, weil die Polizei Informationen zum Migrationshintergrund der Beschuldigten ganz überwiegend nicht registriert.<sup>4</sup> Legt man die von ihr erfasste Angabe „Staatsangehörigkeit“ zugrunde, so zeigt sich, dass die Ausländerquote bei den Straftaten mit körperlicher Gewalt von unter 21-Jährigen bundesweit im Jahr 2006 bei 19,8 Prozent lag.

Die Frage, zu welchem Anteil junge Gewalttäter tatsächlich einen Migrationshintergrund aufweisen, der unabhängig von der eigenen aktuellen Staatsangehörigkeit auch die der Eltern berücksichtigt (vgl. *Baier/Pfeiffer* 2007), konnten wir anhand der Schülerbefragung 2005 untersuchen.<sup>5</sup> In einer Befragung in zehn Städten und Landkreisen sowie dem Bundesland Thüringen hatten wir Daten von über 17.000 Schülerinnen und Schülern der neunten Jahrgangsstufe erfasst. Danach kommen 25 Prozent der im Durchschnitt 15-jährigen jungen Gewalttäter aus Familien, bei denen beide Eltern eine nicht-deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Legt man den Begriff des Migranten weit aus und erfasst darunter auch Jugendliche, bei denen nur einer der beiden Eltern aus Deutschland und der andere aus dem Ausland kommt, dann erhöht sich dieser Migrantenanteil unter den jungen Gewalttätern auf 34 Prozent.<sup>6</sup> Da mit unserer Stichprobe der Schülerbefragung 2005 aber streng genommen keine deutschlandweit repräsentativen Aussagen getroffen werden können – zu berücksichtigen ist, dass Migranten eher in Großstädten leben und dass auch die neuen Bundesländer mit ihrem extrem niedrigen Migrantenanteil systematischer in die Betrachtung einzubeziehen wären – liefern unsere Daten nur eine erste Schätzung. Für Deutschland insgesamt dürfte der Migrantenanteil unter den jungen Gewalttätern bei Zugrundelegung der weiten Definition nicht höher als 30 Prozent ausfallen und nicht bei 50 Prozent liegen, wie Herr Koch das behauptet hat. Erneut bleibt unklar, wie es geschehen konnte, dass er sich bei seinen Aussagen derart weit von der empirischen Wirklichkeit entfernt hat.

---

4 Eine Ausnahme ergibt sich lediglich für die Bundesländer Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, in denen zu Tatverdächtigen, die als Aussiedler aus der früheren Sowjetunion und Polen zugewandert sind, deren besonderer Status erfasst wird (vgl. dazu Pfeiffer et al. 2005, S. 45ff).

5 Vgl. zu dieser Studie auch Baier und Rabold (2007) oder Baier et al. (2006).

6 Für diese Berechnung wurden die Daten neu gewichtet: Jugendliche aus großstädtischen Gebieten gingen zu 30 Prozent, Jugendliche aus ländlichen Gebieten zu 70 Prozent in die Analyse ein.

### **3. Die Entwicklung der Jugendgewalt in Hessen**

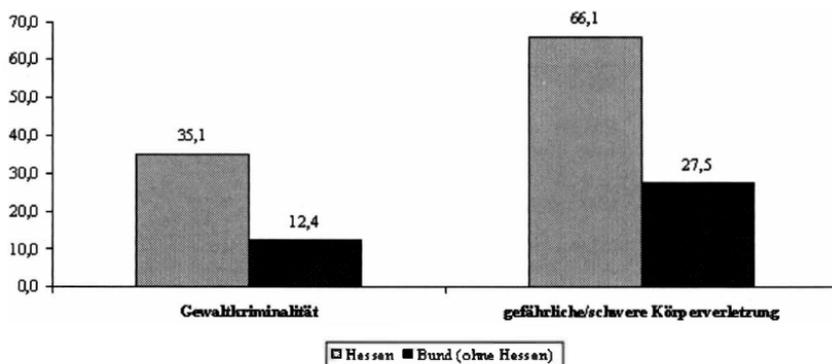
Zur Klärung der Frage, wie sich die Jugendgewalt in Hessen während der Amtszeit von Herrn Koch entwickelt hat, haben wir Daten der polizeilichen Kriminalstatistik zu Grunde gelegt und zum Vergleich Daten der Bundesrepublik Deutschland herangezogen. Die Tabelle 1 stellt zunächst für den Zeitraum 1999 bis 2006 die Längsschnittentwicklung für Hessen und die Bundesrepublik dar. Die oberste Zeile enthält die Angaben zur Wohnbevölkerung der Jugendlichen in den einzelnen Jahren. Es folgt mit „n“ die absolute Zahl der 14- bis 18-jährigen Tatverdächtigen. Die darunter stehende TVBZ (Tatverdächtigenbelastungsziffer) gibt an, wie viele Tatverdächtige jeweils pro 100.000 Jugendliche von der Polizei registriert wurden.

**Tabelle 1: Jugendkriminalität und Jugendgewalt in Hessen und in der Bundesrepublik Deutschland (ohne Hessen), Tatverdächtige pro 100.000 der 14- bis 18-jährigen Wohnbevölkerung (TVBZ), 1999, 2002 und 2006**

Defizitsart		Hessen				Bundesrepublik (ohne Hessen)			
		1999	2002	2006	99-06 in %	1999	2002	2006	99-06 in %
Wohnbevölkerung (14-18 Jahre)		244.970	247.919	265.428		3.415.169	3.470.339	3.518.912	
Alle Delikte (ohne Verkehr)	n	15.980	15.523	16.386		280.801	282.358	262.061	
	TVBZ	6523,25	6261,32	6173,43	-5,4	8222,19	8136,32	7447,22	-9,4
Gewaltkriminalität	n	2.101	2.322	3.076		35.369	36.972	40.949	
	TVBZ	857,66	936,60	1158,88	35,1	1035,65	1065,37	1163,68	12,4
Mord und Totschlag	n	16	8	8		200	180	162	
	TVBZ	6,53	3,23	3,01	-53,9	5,86	5,19	4,60	-21,4
Vergewaltigung	n	21	47	62		507	658	706	
	TVBZ	8,57	18,96	23,36	172,5	14,85	18,96	20,06	35,1
Raubdelikte	n	720	680	767		11.749	10.611	9.823	
	TVBZ	293,91	274,28	288,97	-1,7	344,02	305,76	279,15	-18,9
Schwere/ gefährliche Körperverletzung	n	1.350	1.705	2.430		24.984	27.674	32.827	
	TVBZ	551,09	687,72	915,50	66,1	731,56	797,44	932,87	27,5
Vorsätzliche/ Leicht. Körperverl.	n	998	1.268	1.659		25.953	28.835	35.238	
	TVBZ	407,40	511,46	625,03	53,4	759,94	830,90	1001,39	31,8

Die Gegenüberstellung der TVBZ-Daten Hessens und des Bundes macht deutlich, dass es in Hessen zwischen 1999 und 2006 zu einem sehr starken Anstieg der polizeilich registrierten Jugendgewalt um 35,1 Prozent gekommen ist (vgl. auch Abbildung 1). Dem steht eine Quote von „nur“ 13,6 Prozent gegenüber, um die sich in ganz Deutschland seit 1999 die Jugendgewalt erhöht hat. Sie reduziert sich auf 12,4 Prozent, wenn wir uns auf alle Bundesländer ohne Hessen beziehen.

Anlass zu der politischen Debatte hat die Gewalttat aus München gegeben, die nach der bisher bekannt gewordenen Einschätzung der Staatsanwaltschaft als gefährliche/schwere Körperverletzung einzuschätzen ist. Der Vergleich der Daten dieser Deliktsart von Hessen und Bund zeigt eine noch größere Diskrepanz. Einer Anstiegsquote von 66,1 Prozent in Hessen steht beim Bund eine vergleichsweise geringe Zunahme von 29,5 Prozent gegenüber, die sich auf 27,5 reduziert, wenn wir Hessen herausrechnen.



**Abbildung 1: Der Anstieg der Jugendgewalt sowie der gefährlichen/schweren Körperverletzungen 14- bis 18-Jähriger in Hessen und der Bundesrepublik Deutschland (ohne Hessen) 1999 zu 2006 (in Prozent, Vergleich der Tatverdächtigenbelastungsziffer)**

Bei den Raubdelikten bleibt Hessen mit seiner Abnahmequote von 1,7 Prozent deutlich hinter der des Bundes (-18,9 Prozent) zurück. Auch bei der einfachen Körperverletzung Jugendlicher zeigen sich deutliche Unterschiede. In Hessen ist die TVBZ um 53,4 Prozent angestiegen, im Bund (minus Hessen) um 31,8 Prozent. Bei den vorsätzlichen Tötungsdelikten Jugendlicher ergibt sich ein umgekehrtes Bild. In Hessen haben sie mit minus 53,9 Prozent noch stärker abgenommen als im Bund mit minus 21,4 Prozent. Hier erlauben allerdings die kleinen absoluten Zahlen Hessens mit den starken Schwankungen, die sich im Vergleich der einzelnen Jahre ergeben haben, keine sichere Trendaussage. Auffallend sind ferner die krassen Divergenzen, die sich zur TVBZ der Vergewaltigung Jugendlicher zeigen. Die Anstiegsquote Hessens übersteigt die des Bundes um mehr als das Vierfache (172,5 zu 35,1 Prozent). Es ist allerdings zu beachten, dass Hessen zu diesem Delikt in den Jahren 1999 bis 2001 extrem niedrige Zahlen

aufweist und auch 2006 trotz der zwischenzeitlichen Zunahme nur geringfügig über dem Niveau des Bundes liegt.

Da sich die aktuelle Debatte auf die insgesamt registrierte Jugendgewalt sowie die gefährlichen/schweren Körperverletzungen konzentriert, haben wir ferner ermittelt, welche Unterschiede sich zu beiden Gruppen im Vergleich der Bundesländer ergeben. Tabelle 2 vermittelt einen Überblick zu den Tatverdächtigenbelastungsziffern aller Länder für die Jahre 1999 und 2006. Im Anschluss daran folgt jeweils die Rangziffer, die sich im Vergleich der Länder ergibt. Entsprechendes gilt für die Quoten zum Anstieg bzw. zum Rückgang der TVBZ.

**Tabelle 2: Die Entwicklung der Jugendgewalt und der gefährlichen/schweren Körperverletzung (Tatverdächtige pro 100.000 der 14- bis 18-jährigen Wohnbevölkerung), 2006 im Vergleich zu 1999, alle Bundesländer und die Bundesrepublik Deutschland ohne Hessen**

	Gewalkriminalität						gefährliche/schwere Körperverletzung					
	1999		2006		Veränd. 1999 zu 2006		1999		2006		Veränd. 1999 zu 2006	
	TVBZ	Rang	TVBZ	Rang	zu 2006	Rang	TVBZ	Rang	TVBZ	Rang	zu 2006	Rang
Hessen	858	6	1.159	8	35,1	2	551	2	916	7	66,1	2
Baden-W.	757	2	910	3	20,3	6	579	3	796	6	37,5	7
Bayern	673	1	784	1	17,0	8	550	1	684	2	24,4	11
Berlin	2.285	15	2.562	15	12,1	10	1.459	16	1.729	15	18,5	12
Brandenburg	1.171	12	1.033	5	-11,8	15	806	12	784	4	-2,7	15
Bremen	2.185	14	2.912	16	33,3	3	1.180	15	2.072	16	75,5	1
Hamburg	2.291	16	2.164	14	-5,5	14	1.022	14	1.371	14	34,2	9
Mecklenb.-V.	1.235	13	1.043	6	-15,6	16	885	13	786	5	-11,2	16
Niedersachsen	1.103	9	1.424	13	29,0	5	770	9	1.185	13	53,9	4
NRW	1.113	10	1.242	9	11,5	11	781	10	977	8	25,1	10
Rheinland-Pfalz	866	7	1.128	7	30,2	4	694	8	986	10	42,2	6
Sachsen-Anhalt	1.163	11	1.348	12	15,9	9	793	11	1.084	12	36,6	8
Saarland	834	4	1.256	10	50,7	1	651	5	992	10	52,4	5
Sachsen	821	3	812	2	-1,1	13	591	4	657	1	11,2	13
Schleswig-H.	1.057	8	1.264	11	19,6	7	661	6	1.017	11	54,0	3
Thüringen	845	5	936	4	10,7	12	678	7	751	3	10,8	14
Bund (ohne Hessen)	1.036		1.164		12,4		732		933		27,5	

Aus der Tabelle 2 wird deutlich, dass Bayern im Jahr 1999 sowohl zur insgesamt registrierten Jugendgewalt wie zur gefährlichen/schweren Körperverletzung die niedrigste TVBZ erreicht hat. An zweiter bzw. dritter Stelle steht jeweils Baden-Württemberg. Auffallend ist ferner das gute Abschnei-

den Sachsens, das bei beiden Deliktgruppen an dritter bzw. vierter Stelle liegt.

Hessen steht 1999 bei der insgesamt registrierten Jugendgewalt an sechster Stelle und bleibt damit um 17,2 Prozent unter dem Durchschnittsniveau aller anderen Länder. Bei der gefährlichen/schweren Körperverletzung liegt Hessen im Jahr 1999 sogar fast gleichauf mit Bayern an der Spitze aller Länder. Dann jedoch kommt es in Hessen zu der starken Zunahme der Jugendgewalt, die oben bereits skizziert wurde. Im Vergleich aller Länder erreicht Hessen bei beiden Deliktgruppen jeweils die zweitgrößte Anstiegsquote. Bei der insgesamt registrierten Jugendgewalt (+35,1 Prozent) wird es nur vom Saarland überboten (+50,7 Prozent) und rutscht deshalb hier auf den achten Platz ab. Bei der gefährlichen/schweren Körperverletzung liegt nur Bremen mit seiner Anstiegsquote von +75,5 Prozent vor Hessen (+66,1 Prozent). Auch insoweit landet Hessen deshalb 2006 im Mittelfeld (Platz 7). Bayern bleibt bei der insgesamt registrierten Jugendgewalt trotz einer Zunahme von 17 Prozent weiter das Land mit der niedrigsten polizeilich registrierten Jugendgewaltbelastung. Sachsen liegt an zweiter und Baden-Württemberg an dritter Stelle. Bei der gefährlichen/schweren Körperverletzung wechselt Sachsen 2006 vom dritten auf den ersten Platz. Bayern erreicht hier Rang 2 und Thüringen Rang 3.

Nun kann man einwenden, dass die polizeiliche Kriminalstatistik nur bedingt geeignet erscheint, derartige Rangvergleiche anzustellen. So sind die strukturellen und sozialen Ausgangsbedingungen der Länder sehr unterschiedlich. Die Stadtstaaten bieten im Vergleich zu den Flächenstaaten hier ganz andere Voraussetzungen und ähnliches gilt im Vergleich von ostdeutschen zu westdeutschen Ländern. Ferner gibt es regionale Unterschiede der Anzeigebereitschaft der Opfer sowie der Registrierungsmodalitäten der Polizei. Aber eines bleibt doch zu beachten: Wenn sich innerhalb eines Landes im Längsschnittvergleich der Kriminalitätsdaten eines größeren Zeitraumes starke Anstiegsquoten zeigen, ist dies als Alarmsignal zu bewerten. Gerade die Jugendgewalt kann als eine Art Fieberkurve der Gesellschaft bewertet werden. Junge Menschen reagieren besonders sensibel auf Veränderungen ihres familiären und sozialen Umfeldes, weil sie noch nicht in feste Rollen eingebunden sind. Atypisch hohe Zuwachsraten der Jugendgewalt können deshalb ein Indikator für gesellschaftliche Krisen sein oder auch Ausdruck davon, dass das Land es versäumt hat, auf die Straftaten Jugendlicher in einer Weise zu reagieren, die dem Rückfall optimal entgegenwirkt.

Theoretisch denkbar ist, dass der Anstieg der Jugendgewalt innerhalb eines Landes eine Folge davon ist, dass es hier zu einer besonders ausgeprägten Zunahme der Anzeigebereitschaft von Kriminalitätsopfern gekommen ist. Zur Beurteilung der hessischen Jugendgewaltraten stehen uns hierfür aller-

dings keine Längsschnittdaten zur Verfügung. In allen Bundesländern, in denen es uns möglich war, seit 1998 wiederholt Befragungen durchzuführen und dadurch die Anzeigequote zu ermitteln, hat sich jedoch gezeigt, dass die Bereitschaft der Opfer durchweg erheblich angestiegen ist, Gewalttaten anderer Jugendlicher zur Anzeige zu bringen. Dies wäre also kein Sonderphänomen Hessens. Im Übrigen hat sich im Hinblick auf Kassel, die einzige Stadt, die wir aus Hessen in die Schülerbefragung 2005 einbeziehen konnten, ein anderes Bild ergeben: Gerade bei der Körperverletzung mit Waffen zeigt sich dort die zweitniedrigste Anzeigequote der neun einbezogenen westdeutschen Städte und Regionen (6 Prozent im Vergleich zu 10,3 Prozent, die sich insgesamt ergeben haben). Und auch bei der Körperverletzung ohne Waffen sowie bei den Raubtaten bleiben die Anzeigequoten hinter denen zurück, die sich für die meisten anderen Städte und Landkreise der Untersuchung ergeben haben (Baier et al. 2006, S. 113).

In jedem Fall sollte ein Bundesland, das über einen längeren Zeitraum hohe Zuwachsraten der Jugendgewalt aufweist, die bedrohliche Entwicklung zum Anlass nehmen, die Ursachen des Phänomens zu erforschen und aus den Erkenntnissen Folgerungen für die Prävention sowie die Strafverfolgung der Jugendgewalt abzuleiten. Hier zeichnet sich nach den uns zur Verfügung stehenden Informationen ein Versäumnis Hessens ab. Uns ist jedenfalls nicht bekannt geworden, dass das Bundesland in den vergangenen Jahren versucht hätte, die Ursachen der oben beschriebenen Entwicklung aufzuklären. Die zitierten Äußerungen des Ministerpräsidenten deuten stattdessen darauf hin, dass man geneigt ist, sich mit einer schlichten Schuldzuweisung an die jungen Migranten zu begnügen und auf eine Verschärfung der Repression, d.h. auf harte Strafen und auf die Ausweisung zu setzen.

Schon die polizeiliche Kriminalstatistik zeigt auf, dass man mit dieser Strategie dem Problem nicht gerecht wird. Die Tabelle 3 stellt diesbezüglich dar, zu welchem Anteil junge Ausländer in Hessen sowie im Bundesgebiet als Tatverdächtige der Jugendgewalt bzw. der gefährlichen/schweren Körperverletzung registriert wurden. Aus der Tabelle ergibt sich, dass die Ausländerquote durchweg rückläufig ist. In Hessen hat sie bei der insgesamt registrierten Jugendgewalt zwischen 1999 und 2006 von 43,3 Prozent auf 31,9 Prozent abgenommen. Sie ist also um etwa ein Viertel zurückgegangen. Bei der gefährlichen/schweren Körperverletzung zeigt sich eine Abnahme von 37,7 auf 30,3 Prozent.

**Tabelle 3: Der Anteil nicht-deutscher Tatverdächtiger an den insgesamt registrierten jugendlichen Tatverdächtigen in Hessen und der Bundesrepublik Deutschland, Jugendgewalt und gefährliche/schwere Körperverletzung, 1999, 2002 und 2006**

Deliktsart		Hessen				Bundesrepublik (ohne Hessen)			
		1999	2002	2006	99-06 in %	1999	2002	2006	99-06 in %
Gewalt- kriminalität	n	2.101	2.322	3.076		35.369	36.972	40.949	
	in % ND	43,3	36,1	31,9	-26,3	24,7	21,8	22,9	-7,4
schwere/ gefährliche Körperverletzung	n	1.350	1.705	2.430		24.984	27.674	32.827	
	in % ND	37,7	34,1	30,3	-19,6	22,9	20,0	21,8	-4,8

Die zugrundeliegenden Zahlen der PKS (nicht in Tabelle 3 dargestellt) bieten als Hintergrund dazu folgende Informationen: 1999 wurden von der Polizei in Hessen 910 ausländische Jugendliche als Tatverdächtige der Jugendgewalt registriert, 2006 waren es mit 981 nur um 7,6 Prozent mehr. Die Zahl der Tatverdächtigen deutscher Nationalität hat dagegen im gleichen Zeitraum von 1192 auf 2094, d.h. um 75,7 Prozent zugenommen. Zur gefährlichen/schweren Körperverletzung bietet sich folgendes Bild: Einem Anstieg der ausländischen Tatverdächtigen von 509 auf 736 (+44,6 Prozent) steht bei den Tatverdächtigen deutscher Nationalität eine Zunahme von 841 auf 1694 gegenüber (+101,4 Prozent).

Damit steht eines fest: Junge Ausländer kann man nur zu einem geringen Teil für den in Hessen besonders starken Anstieg der Jugendgewalt verantwortlich machen. Er ist im Hinblick auf die insgesamt registrierte Jugendgewalt zu 92,8 Prozent den Deutschen zuzurechnen und bei der gefährlichen/schweren Körperverletzung zu 79 Prozent. Es stellt sich deshalb die Frage, welche Gruppe von Deutschen hier im Vordergrund steht. Sind es primär die einheimischen oder solche mit Migrationshintergrund? Welche Rolle spielen junge Aussiedler, die durchweg mit der Einreise nach Deutschland sofort einen deutschen Pass erhalten? Gibt es in Hessen spezifische Probleme bei der Integration dieser Gruppe von jungen Migranten oder sind es doch eher diejenigen, die Herr Koch meinte: Jugendliche aus türkischen, jugoslawischen Familien und anderen ethnischen Gruppen? Spricht aber nicht gegen letztere Annahme die These, dass Ausländer und ihre Familien nur dann eingebürgert werden, wenn sie sich sozial in

Deutschland gut integriert haben und dem Staat nicht als Sozialhilfeempfänger zur Last fallen?

Unabhängig von der Gruppenzuordnung der Tatverdächtigen ist aber vor allem ungeklärt, welches die zentralen Einflussfaktoren dafür sind, dass die Jugendgewalt in Hessen seit 1999 weit stärker zugenommen hat als in allen anderen Flächenstaaten, an die es angrenzt. Hier müsste die Landesregierung ansetzen, wenn sie konstruktive Antworten auf das dargestellte Problem sucht. Sie könnte sich dabei am Beispiel vieler Städte orientieren, die Ende der 1990er Jahre erkannt haben, dass wissenschaftliche Analysen zum Ausmaß und den Ursachen der Jugendgewalt, die auf der Basis von breit angelegten Schülerbefragungen erfolgen, gute Ansatzpunkte dafür bieten, wirkungsvolle Präventionsstrategien zu entwickeln. So musste die Stadt Schwäbisch Gmünd 1997 erkennen, dass bei ihr die Jugendgewalt in den Jahren zuvor extrem angestiegen war. Eine daraufhin 1998 durchgeführte Schülerbefragung erbrachte eine Fülle von Ansatzpunkten dafür, wie man auf die Probleme mit Präventionsmaßnahmen reagieren sollte. In den folgenden Jahren hat die Stadt über die Kindergärten, die Schulen und den Freizeitbereich der Kinder und Jugendlichen zahlreiche Maßnahmen eingeleitet, die ihr schließlich den baden-württembergischen Präventionspreis einbrachten. Im Jahr 2005 konnten wir dann bei einer erneut durchgeführten Schülerbefragung feststellen, dass die Gewaltopferquote der Jugendlichen der Stadt von 23,6 Prozent auf 19,8 Prozent abgenommen hat und dass die Gewalttäterquoten entsprechend von 24,9 Prozent auf 16,0 Prozent zurückgegangen ist (vgl. *Baier* 2008).

#### **4. Gewaltkriminalität junger Migranten – Erkenntnisse aus den seit 1998 durchgeführten KFN-Schülerbefragungen**

Die seit 1998 vom KFN in vielen Städten und Landkreisen Deutschlands durchgeführten Repräsentativbefragungen von Schülerinnen und Schülern der 9. Jahrgangsstufe haben durchweg eines bestätigt: Junge Migranten sind an der Gewaltkriminalität weit stärker beteiligt, als es ihrem Anteil an den Befragten entspricht. Dies zeigen zunächst die Antworten der Opfer, wenn wir von diesen erfahren wollten, welcher ethnischen Gruppe die Täter angehörten. Bei den Opferangaben waren vor allem Jugendliche als Täter deutlich überrepräsentiert, deren Familien aus der Türkei oder aus Russland zugewandert sind (*Baier/Pfeiffer* 2007, S. 22). Ein entsprechendes Bild zeigt sich aber auch, wenn wir die Daten zur selbst berichteten Gewalt der Schülerinnen und Schüler zugrunde legen. Die nachfolgende Abbildung 2 demonstriert dies im Hinblick auf die Schülerbefragung 2005, wobei für die Auswertungen nur Schülerinnen und Schüler aus den westdeutschen Befragungsgebieten einbezogen werden.

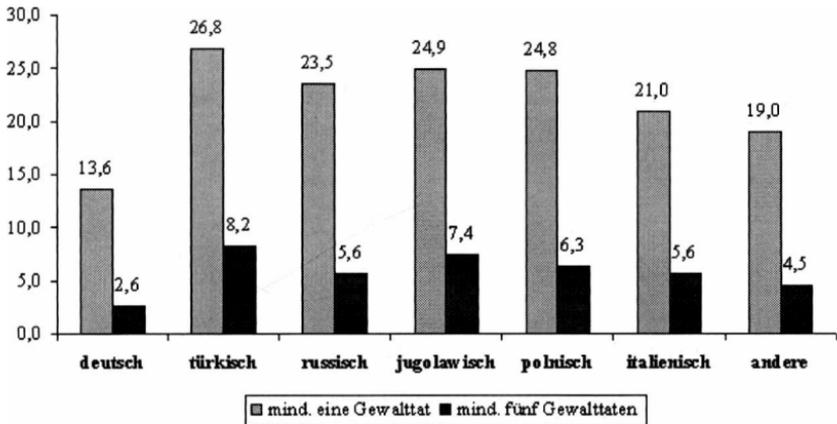


Abbildung 2: Gewaltverhalten in den letzten 12 Monaten, nach ethnischer Herkunft (in Prozent; gewichtete Daten; N = 14.301)

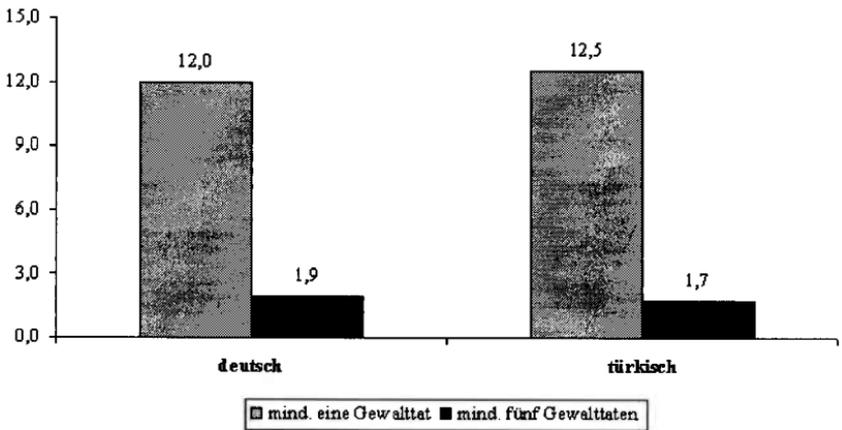
Besonders auffallend ist die hohe Gewaltbelastung<sup>7</sup> junger Türken. Sie liegt insgesamt betrachtet um das Doppelte über der Vergleichsquote deutscher Jugendlicher. Im Hinblick auf Mehrfachtäter (fünf und mehr Gewalttaten im Jahr vor der Befragung) übersteigt sie die der deutschen Schülerinnen und Schüler sogar um das 3,2-fache (2,6 zu 8,2 Prozent). Hat Herr Koch also doch recht, wenn er die Gewaltkriminalität junger Migranten und hier insbesondere der jungen Türken als das zentrale Problem der Jugendgewalt in Deutschland angesprochen hat?

Zunächst ist zu beachten, dass wir bildlich gesprochen Äpfel mit Birnen vergleichen, wenn wir die Gewalttaten der verschiedenen ethnischen Gruppen wie in Abbildung 2 schlicht nebeneinander stellen. Dabei wird ausgeblendet, wie extrem unterschiedlich die familiären, sozialen und schulischen Rahmenbedingungen ausfallen, unter denen die Jugendlichen aufwachsen. Welch hohe Bedeutung diesen Faktoren für die Häufigkeit von Jugendgewalt zukommt, wird anhand einer weiteren Auswertung deutlich (Abbildung 3).

Wenn wir zentrale Belastungsaspekte konstant halten, d.h. wenn wir nur Schüler/innen vergleichen, die die Realschule besuchen, deren Familien nicht unter Armut leiden, die gewaltfrei erzogen werden und im Hinblick

<sup>7</sup> Unter Gewalt werden folgende Verhaltensweisen zusammengefasst: Raub, Erpressung, Körperverletzung, Bedrohung mit Waffen.

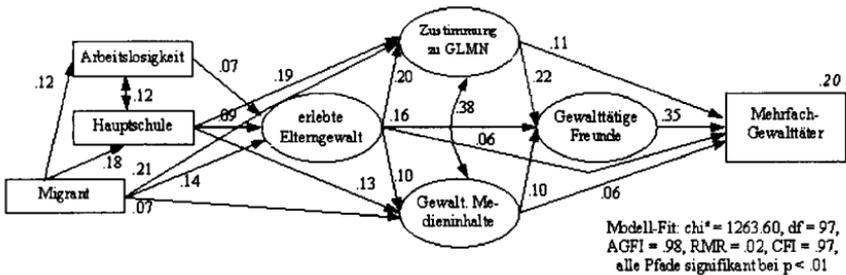
auf die Akzeptanz Gewalt legitimierender Männlichkeitsnormen ein durchschnittliches Niveau aufweisen<sup>8</sup>, dann unterscheiden sich deutsche und türkische Befragte nicht mehr signifikant in ihrer Gewaltbereitschaft. Den zwölf Prozent der jungen Deutschen, die im Jahr vor der Befragung mindestens eine Gewalttat begangen haben, stehen dann bei den jungen Türken 12,5 Prozent gegenüber. Zur Rate der Mehrfachgewalttäter ergeben sich die Vergleichsquoten von 1,9 Prozent (Deutsche) zu 1,7 Prozent (Türken).



**Abbildung 3: Anteil Jugendliche, die Gewalttat begangen haben, nach ethnischer Herkunft (nur Realschüler, ohne Armutserfahrung, ohne elterliche Gewalterfahrung in der Kindheit, höchstens mittlere Zustimmung zu GLMN, in Prozent)**

Aus diesem Befund lässt sich eine klare Botschaft ablesen: Es ist nicht die türkische Herkunft, die die Jugendlichen aus dieser ethnischen Gruppe besonders häufig zu Tätern der Jugendgewalt werden lässt. Verantwortlich sind hierfür vielmehr die belastenden Lebensumstände, unter denen junge Türken aufwachsen. Dies bestätigt auch die nachfolgend dargestellte Pfadanalyse (Abbildung 4), die wir zu den Bedingungsfaktoren der Mehrfachtäterschaft westdeutscher Jugendlicher durchgeführt haben (vgl. Baier/Pfeiffer/Windzio 2006).

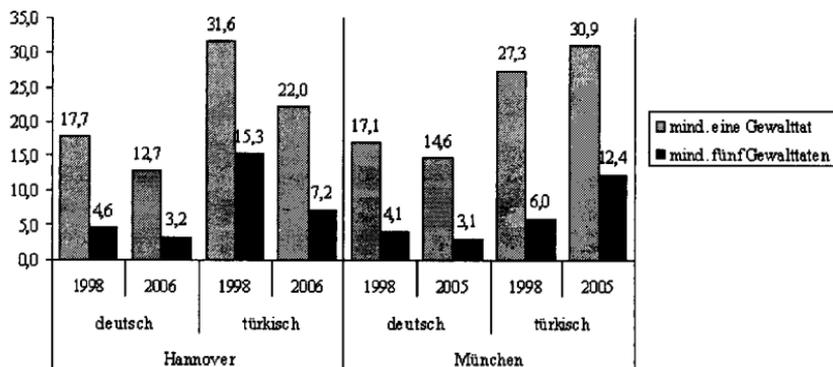
<sup>8</sup> Armut wurde darüber erfasst, ob die Familie der Jugendlichen derzeit Sozialhilfe bezieht oder der Haushaltsvorstand von Arbeitslosigkeit betroffen ist. Im Bereich der familiären Gewalt wurden sechs verschiedene Übergriffsformen erfragt (vgl. Wilmers et al. 2002, S. 64). Gewalt legitimierende Männlichkeitsnormen sind ein Konstrukt, das über acht Aussagen erfasst wurde (vgl. Enzmann/Brettfeld/Wetzels 2004) und das eine Operationalisierung der „Kultur der Ehre“ im Sinne der theoretischen Annahmen von Nisbett und Cohen (1996) darstellt.



**Abbildung 4: Modell zur Erklärung von Mehrfach-Gewalttäterschaft (gewichtete Daten; N = 14.301)**

Für das Hineinwachsen in eine Gewaltkarriere ist nach der Pfadanalyse von zentraler Bedeutung, in welchem Ausmaß die Schülerinnen und Schüler in ihrem sozialen Netzwerk über enge Kontakte zu Jugendlichen verfügen, die selber häufig Straftaten verüben. Andere wichtige Faktoren sind die Erfahrung innerfamiliärer Gewalt sowie die Akzeptanz Gewalt legitimierender Männlichkeitsnormen und der Konsum gewalthaltiger Medieninhalte, wobei die beiden zuletzt genannten Belastungsfaktoren sich gegenseitig negativ verstärken. Auffallend ist ferner, dass der Besuch der Hauptschule die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass die Jugendlichen diesem Geflecht kriminalitätsfördernder Bedingungsfaktoren ausgesetzt sind.

Aus diesen Erkenntnissen leitet sich eine Folgerung ab: Wenn es gelingen sollte, die sozialen Netzwerke von gefährdeten Kindern und Jugendlichen positiv zu gestalten, müsste dies bei den Betroffenen kriminalpräventive Wirkung entfalten. Die Tatsache, dass wir sowohl in München als auch Hannover seit 1998 wiederholt Repräsentativbefragungen von Schülerinnen und Schülern der 9. Klassen durchführen konnten, bietet die Chance, hierzu eine Datenanalyse durchzuführen. Dabei stützen wir uns auf die Methode des Extremgruppenvergleiches. Gegenüber gestellt wird die Längsschnittentwicklung von jungen Deutschen und jungen Türken beginnend mit dem Jahr 1998. In München ziehen wir zum Vergleich Befragungsdaten des Jahres 2005 heran. In Hannover sind es die Daten der Schülerbefragung 2006, weil im Jahr zuvor keine entsprechende Datenerhebung durchgeführt werden konnte. Wir beginnen mit der in Abbildung 5 dargestellten Häufigkeit selbstberichteter Gewalttaten beider ethnischen Gruppen.



**Abbildung 5: Gewalttäterraten im Zeitvergleich nach ethnischer Herkunft (in Prozent; gewichtete Daten)**

Im Längsschnittvergleich von 1998 zu 2005/2006 wird deutlich, dass sich die Gewaltbereitschaft von deutschen und türkischen Jugendlichen in Hannover und München teilweise konträr entwickelt hat. In Hannover hat die Quote der Jugendlichen Gewalttäter sowohl bei deutschen wie bei türkischen Schülerinnen und Schülern deutlich abgenommen, wobei der Rückgang türkischer Mehrfachtäter von 15,3 auf 7,2 Prozent besonders stark ausfällt. Der Abstand der Gewaltbelastung beider ethnischen Gruppen hat sich dadurch hier von 10,7 Prozentpunkten auf 4 Prozentpunkte verringert. In München ist dagegen für den Zeitraum von 1998 bis 2005 teilweise eine andere Entwicklung zu beobachten.

Zwar hat sich die Quote der deutschen Jugendlichen, die nach eigenen Angaben Gewalttaten verübt haben, im Verlauf der sieben Jahre in München etwas reduziert. Die Quote der türkischen Jugendlichen ist dagegen besonders bei den Mehrfachtätern stark angestiegen – von 6,0 Prozent auf 12,4 Prozent. Dadurch ist der Abstand der Gewaltbelastung beider ethnischen Gruppen insoweit von ursprünglich zwei Prozentpunkten auf 9,3 Prozentpunkte angewachsen.

Bei der Suche nach Erklärungen für die in Abbildung 5 zum Ausdruck kommenden Trends konzentrieren wir uns zunächst auf die persönlichen und sozialen Merkmale der Jugendlichen, die sich bei der Pfadanalyse in Abbildung 4 als wirksame Einflussfaktoren zur Entstehung von Mehrfachtäterkarrieren der Jugendgewalt erwiesen haben. Es ist allerdings nicht möglich, zu all diesen Variablen einen Längsschnittvergleich durchzuführen. Beispielsweise wurden im Jahr 1998 weder zum Medienkonsum noch zur Anzahl delinquenter Freunde Daten erhoben. Zu anderen Faktoren

konnten wir dagegen im Vergleich der Jahre beachtliche Veränderungen feststellen.

So hat in beiden Städten der Anteil der deutschen und der türkischen Jugendlichen zugenommen, die von ihren Eltern während ihrer Kindheit bzw. im Jahr vor der Befragung völlig gewaltfrei erzogen worden sind. Leichte bis mittelschwere Züchtigungsmethoden sind seltener eingesetzt worden. Nur die Quote der in der Kindheit misshandelten Jugendlichen ist weitgehend unverändert geblieben. Ferner ist in beiden ethnischen Gruppen und in beiden Städten der Anteil der Jugendlichen zurückgegangen, die im Jahr vor der Befragung beobachtet haben, dass die Eltern sich untereinander schlagen (vgl. *Baier*, 2008, S. 50f).

Ein weiterer Faktor, der für die Häufigkeit von Jugendgewalt Bedeutung haben kann, ist die Anzeigebereitschaft der jugendlichen Gewaltopfer. Aus einer Strafanzeige resultiert für den Täter zunächst die Konsequenz, dass er ein polizeiliches Ermittlungsverfahren über sich ergehen lassen muss und dass sich, wenn sich der angezeigte Sachverhalt bestätigt hat, das Jugendgerichtsverfahren anschließt, mit all den Folgen, die daraus für den Täter erwachsen. Und schließlich muss er sich mit seinen Eltern und Familienangehörigen über die Tat und das, was an staatlichen Kontrollmaßnahmen folgt, auseinandersetzen. All das bewirkt bei vielen jungen Gewalttätern, dass sie daraus für sich die Folgerung ableiten, in Zukunft keine derartigen Taten mehr zu begehen. Wer dagegen keine Anzeige erhält, verarbeitet die Tat häufig als Erfolgserlebnis, das zur Wiederholung anregt (vgl. *Pfeiffer* 1989, S. 89f). Die Tatsache, dass sich in beiden Städten zu den deutschen Jugendlichen ein Rückgang der Jugendgewalt ergeben hat und für junge Türken zudem in Hannover, kann also auch die Folge der steigenden Anzeigebereitschaft von jungen Gewaltopfern sein, die sich durchweg gezeigt hat. So hat sich die Anzeigequote bei Körperverletzungen ohne Waffen in Hannover von 15,5 auf 21 Prozent erhöht, in München von 16 auf 20,5 Prozent. Bei den Raubdelikten zeigt sich in Hannover ein Anstieg von 34,9 auf 60 Prozent, in München von 31,2 auf 45,8 Prozent.<sup>9</sup>

Neben diesen Einflussfaktoren, die sich in München und Hannover für beide ethnischen Gruppen weitgehend gleich entwickelt haben, gibt es andere mit sehr unterschiedlichen Längsschnitrends. Während sich beispielsweise für deutsche Jugendliche sowohl in München als auch in Hannover eine rückläufige durchschnittliche Zustimmung zu einer Dimension der Gewalt legitimierenden Männlichkeitsnormen, der Befürwortung inner-

<sup>9</sup> Zugrunde gelegt sind hier die Angaben der Opfer zum letzten erlebten Delikt; vgl. auch *Baier* (2008, S. 17ff).

familiärer Gewalt<sup>10</sup>, zeigt, findet sich für türkische Jugendlichen in beiden Städten eine gegenläufige Entwicklung: Bei türkischen Jugendlichen in München hat es einen Anstieg der durchschnittlichen Zustimmung gegeben, bei den türkischen Jugendlichen in Hannover hingegen einen Rückgang (Baier 2008, S. 60f).

Im Städtevergleich fällt ferner auf, dass sich die Perspektiven schulischer Integration für junge Deutsche und junge Türken in den beiden Städten teilweise sehr unterschiedlich entwickelt haben. Für die deutschen Jugendlichen gilt in Hannover und München, dass sich seit 1998 die Chancen erhöht haben, gestützt auf das Abitur einen vielversprechenden weiteren Ausbildungsweg einzuschlagen. Wie die Abbildung 6 zeigt, ist in München ihre Gymnasialquote von 46,6 auf 49,9 Prozent angestiegen, in Hannover von 40,3 auf 46,1 Prozent. Parallel dazu sank die Hauptschulquote für deutsche Jugendliche in München von 20,9 auf 19,9 Prozent, in Hannover von 16,2 auf 12,7 Prozent. Auffallend ist, dass beide Trends in Hannover jeweils ausgeprägter sind als in München.

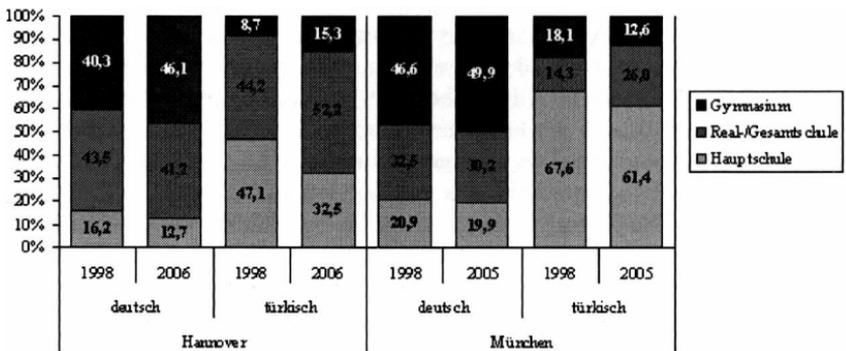


Abbildung 6: Anteil Schüler, die Hauptschule bzw. Gymnasium besuchen, im Zeitvergleich nach ethnischer Gruppe (in Prozent; gewichtete Daten)

Für die jungen Türken zeigt sich zum Gymnasium in beiden Städten eine gegenläufige Entwicklung – in München ein Sinken der Quote von 18,1 Prozent auf 12,6 Prozent, dem in Hannover ein Anstieg von 8,7 Prozent auf 15,3 Prozent gegenübersteht. Ferner fällt auf, welche unterschiedliche Bedeutung die Hauptschule in den beiden Städten für junge Türken hat. Während sie in München im Jahr 2005 trotz leicht sinkender Tendenz mit 61,4 Prozent nach wie vor die klar dominierende Schulform darstellt, wird sie in Hannover inzwischen nur noch von knapp einem Drittel der türkischen Ju-

<sup>10</sup> Eine Beispielaussage aus dem Fragebogen lautet: „Als Vater ist ein Mann das Oberhaupt der Familie und darf sich notfalls auch mit Gewalt durchsetzen.“

gendlichen besucht (2006: 32,5 Prozent gegenüber 1998: 47,1 Prozent). Die Mehrheit der türkischen Jugendlichen ist in Hannover inzwischen im mittleren Bildungssegment (Realschule/Realschulzweig der Gesamtschule) zu finden (52,2 Prozent). In München gilt dies im Jahr 2005 nur für 26 Prozent der jungen Türken.

Die gravierenden Unterschiede, die sich zur Schullaufbahn von Schülerinnen und Schülern türkischer Herkunft in beiden Städten ergeben, beruhen im Übrigen nicht primär darauf, dass den türkischen Kindern in Hannover an Grundschulen bessere Förderungsmaßnahmen geboten würden als in München. Nach Auskunft der von uns befragten Schuldirektoren ist der Rückgang türkischer Hauptschüler in Hannover vor allem darin begründet, dass in Niedersachsen die Schullaufbahmpfehlungen der Grundschule nicht bindend sind. Türkische Eltern nutzen diese Chance in Hannover offenkundig intensiv. In Bayern bedeutet die Empfehlung für die Hauptschule dagegen, dass die Eltern daran gebunden sind. Eine Ausnahme gilt nur für die sehr kleine Zahl von Schülerinnen und Schülern, die es im Wege einer sehr strengen Sonderprüfung dann doch schaffen, sich entgegen des Votums ihrer Grundschule für eine Realschule bzw. ein Gymnasium zu qualifizieren.

Wenn man die Konsequenzen dieser sehr unterschiedlichen Schullaufbahnen von jungen Türken in München und Hannover erfassen will, muss man sich zunächst mit dem Bedeutungswandel auseinandersetzen, den die Hauptschule in Deutschland erlebt hat. Im Schuljahr 1960/61 besuchten in den westdeutschen Bundesländern 67,9 Prozent der Schüler die Hauptschule, 20 Jahre später waren es noch 38 Prozent (Rössner 1999, S 51) und im Schuljahr 2004/2005 nur noch 23 Prozent (vgl. *Baier/Pfeiffer 2007a*).

Die beschriebene Entwicklung offenbart ein Problem: Je stärker in einer Region die Quote der Hauptschüler sinkt, um so höher wird unter ihnen der Anteil derjenigen ausfallen, die aus sozial randständigen Familien stammen. Und dies wiederum erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass Eltern ihre Bemühungen verstärken werden, ihr Kind beim Übergang zur Sekundarstufe in einem anderen Schultyp unterzubringen – was den negativen Trend weiter verstärkt. Generell gilt deshalb unter den heutigen Rahmenbedingungen, dass Hauptschulen an allen Standorten, in denen wir in den Jahren 2005/2006 Schülerbefragungen durchführen konnten, den Schultyp bilden, an dem sich die höchste Konzentration von Belastungsmerkmalen ergibt. Besonders deutlich wird das im Hinblick auf die Quote der Jugendlichen, die in ihrer Kindheit innerfamiliärer Gewalt ausgesetzt waren. So haben von den Hauptschülern 19,5 Prozent bis zum 12. Lebensjahr schwere elterliche Gewalt erfahren (mit Gegenstand oder Faust schlagen, treten, verprügeln). Von den Realschülern waren das 11,5 Prozent, von den Gymnasiasuten dagegen nur 6,5 Prozent. Ferner hat jeder fünfte Hauptschüler, aber nur

jeder zwanzigste Gymnasiast angegeben, die Eltern im zurückliegenden Jahr dabei beobachtet zu haben, wie sie einander schlugen.

An Hauptschulen ist zudem der Anteil an Jugendlichen mit prekärem ökonomischen Status besonders hoch: Die Familie jedes achten Hauptschülers erhält Sozialhilfe. Gleiches trifft nur auf jede 40. Familie eines Gymnasiasten zu. Ein anderes Beispiel für die spezifisch höhere Belastung von Hauptschülern ist ihr Medienkonsum. Männliche Hauptschüler verbringen pro Tag fast sieben Stunden mit Fernsehen, Computerspielen und dem Internet. Bei Realschülern sind es noch sechs Stunden, bei Gymnasiasten dagegen „nur“ etwas über vier Stunden. Zudem gaben 41,4 Prozent der männlichen Hauptschüler an, häufiger Kampfspiele zu spielen, bei den Realschülern waren es 27,9 Prozent, bei den Gymnasiasten 14,0 Prozent.<sup>11</sup>

Jenseits der Mediennutzung erfolgt die Freizeitgestaltung der Hauptschüler seltener innerhalb eines strukturierten Rahmens. Besonders deutlich wird dies mit Blick auf Vereinsmitgliedschaften: Während sich nur 39,6 Prozent der Hauptschüler in einem Verein engagieren, sind es bei den Realschülern 57,2 Prozent und bei den Gymnasiasten 72,8 Prozent. Für Hauptschüler ist demgegenüber typisch, dass sie sich zu einem beachtlichen Teil in problematischen Freundschaftsnetzwerken bewegen. Fünf und mehr delinquente Freunde haben 21,6 Prozent der Hauptschüler, 16,8 Prozent der Realschüler und 10,5 Prozent der Gymnasiasten. Die Unterschiedlichkeit des familiären und sozialen Umfeldes sowie der Freizeitaktivitäten wirkt sich schließlich auf die Persönlichkeit der Jugendlichen und ihre grundlegenden Werteorientierungen aus. Als Beispiel soll hier die Akzeptanz von so genannten Gewalt legitimierenden Männlichkeitsnormen herangezogen werden. Im Rahmen der Befragung wurden die Jugendlichen gebeten, ihre Meinung zu Aussagen wie „Ein Mann ist bereit, sich gegen Beleidigungen mit Gewalt zu wehren, sonst ist er ein Schwächling“ oder „Wenn eine Frau ihren Mann betrügt, darf der Mann sie schlagen“ abzugeben. Von den männlichen Hauptschülern stimmten 12,87 Prozent derartigen Aussagen zu, von den männlichen Realschülern 6,7 Prozent und von den Gymnasiasten 3,7 Prozent.

Angesichts des Zusammentreffens dieser verschiedenen Belastungsmerkmale erscheint die Annahme begründet, dass die starke Reduzierung des Anteils türkischer Jugendlicher, die in Hannover die Hauptschule besuchen, präventive Wirkung entfaltet haben wird. Der Haupteffekt dürfte dadurch entstanden sein, dass sich mit dem Wechsel von der Grundschule zur Realschule bzw. zum Realschulzweig einer Integrierten Gesamtschule oder

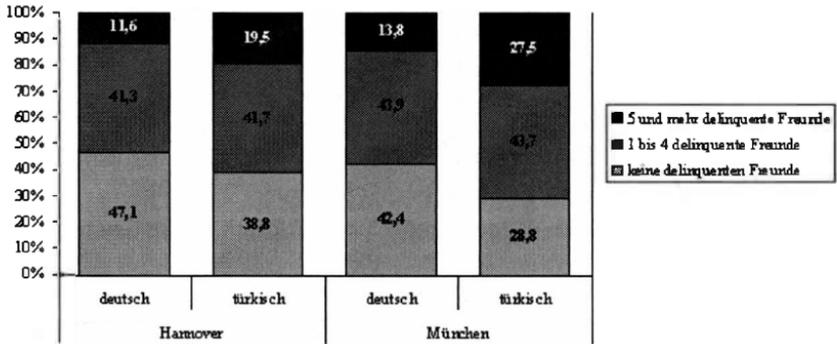
---

<sup>11</sup> Vgl. zu den Auswirkungen des Medienkonsums auf Schulleistungen und Gewaltverhalten Mößle, Kleimann und Rehbein (2007), sowie speziell zu den Auswirkungen auf Schulleistungen Pfeiffer et al. (2008).

zum Gymnasium für den Jugendlichen ein völlig anderes soziales Netzwerk von Mitschülern ergibt, als wenn er ab der 5. Klasse die Hauptschule besucht. An den erstgenannten Schulen sind die zum Einstieg 10- bis 11-jährigen Schülerinnen und Schüler stark von der Zuversicht geprägt, dass sie mit ihrem Schulabschluss später die Perspektive haben werden, zumindest eine gute Lehrstelle erreichen zu können. Viele haben darüber hinaus die Erwartung, gestützt auf ein (Fach-) Abitur studieren zu können.

Die Hauptschüler müssen dagegen zunächst die Botschaft der Grundschule verkraften, dass sie zu denen gehören, die im Wettbewerb um eine gute Schullaufbahneempfehlung verloren haben. Hinzu kommt in der 5. Klasse die Erfahrung, dass sich im Vergleich zur Grundschule die Zusammensetzung der Mitschüler drastisch verändert. Ein hoher Anteil von familiär und sozial stark belasteten Kindern geht einher mit einer Jahr für Jahr wachsenden Zahl von Mitschülern, die Straftaten begehen. Daraus entsteht die Gefahr negativer Aufschaukelungsprozesse. Insbesondere unter den Jungen kann es so zur Bildung von delinquenten Gruppen kommen, deren Mitglieder sich gegenseitig darin bestärken, soziale Anerkennung nicht mehr über Erfolge in der Schule oder beispielsweise beim Sport zu suchen, sondern über die Dominanzspiele der gewaltorientierten Machokultur.

Angesichts des erhöhten Delinquenzpotentials von Hauptschülern und der starken Reduzierung der Quote türkischer Jugendlicher, die in Hannover die Hauptschule besuchen, kann der in Abbildung 7 dargestellte Befund nicht überraschen. Im Hinblick auf die Zahl delinquenter Freunde zeigen sich im Vergleich der beiden Städte bei den deutschen Jugendlichen nur geringe Unterschiede. Ein anderes Bild ergibt sich dagegen bei den jungen Türken. Sie verfügen in München weit häufiger als in Hannover über ein ausgeprägtes Netzwerk von delinquenten Freunden. Den 27,5 Prozent, die in München angegeben haben, fünf und mehr delinquente Freunde zu haben, stehen in Hannover nur 19,5 Prozent gegenüber. Auf der anderen Seite sind es in München nur 28,8 Prozent der jungen Türken, die keine delinquenten Freunde haben, in Hannover dagegen 38,8 Prozent.



**Abbildung 7: Delinquente Freunde deutscher und türkischer Jugendlicher in Hannover und München (KFN-Schülerbefragung 2005/2006; in Prozent; gewichtete Daten)**

Damit wird aus einem anderen Blickwinkel noch einmal bestätigt, was sich oben bereits gezeigt hatte. Unter den heutigen Rahmenbedingungen fördert der Besuch der Hauptschule das Hineinwachsen in delinquente Gruppen und die Entwicklung von Gewaltkarrieren. Die deutlichen Unterschiede, die sich im Vergleich der beiden Städte zur Schullaufbahn von jungen Türken ergeben haben, sind danach eine zentrale Ursache der in Abbildung 5 dokumentierten Entwicklung. In Hannover ist die Gewalttrate der jungen Türken offenkundig deshalb stark zurückgegangen, weil zwei Präventionsfaktoren Wirkung entfalten konnten: Zum einen hat sich die Quote der jungen Türken von 52,9 auf 67,5 Prozent erhöht, die durch die für sie erreichbare Perspektive des Realschulabschlusses oder des Abiturs in die Lage versetzt wurden, sich durch eigene Anstrengungen sichere Zukunftsaussichten zu erarbeiten. In München sind das nur 38,6 Prozent. Zum anderen sind junge Türken in Hannover anders als in München verstärkt in soziale Netzwerke von Jugendlichen hineingewachsen, die deutlich weniger von Delinquenz und Gewalt geprägt sind als die an der Hauptschule. Rabold und Baier (2008) belegen anhand der Hannover-Befragung, dass die Zusammensetzung der Freundesgruppe, d.h. der Anteil an deutschen Freunden im Netzwerk, einen starken Einfluss nicht nur auf das Risiko gewalttätigen Verhaltens hat, sondern auch auf die ethnischen Unterschiede im Gewaltverhalten. Bei Kontrolle dieses Merkmals findet sich im Vergleich von Jugendlichen türkischer, russischer und anderer ethnischen Herkunft keine höhere Gewaltbelastung mehr.

## 5. Schluss

Uns ist bewusst, dass der angestellte Extremgruppenvergleich von deutschen und türkischen Jugendlichen in München und Hannover allein noch nicht ausreicht, um die dargestellte Interpretation des Zusammenhangs von schulischer Integration, Freundschaftsnetzwerken und Gewaltverhalten empirisch ausreichend abzusichern. Wir sehen allerdings gute Aussichten dafür, unsere Thesen zukünftig auf erheblich breiterer Datenbasis zu überprüfen. Mit Förderungsmitteln des Bundesministeriums des Innern führen wir gegenwärtig in 61 Städten und Landkreisen Deutschlands, die von uns per Zufall ausgewählt wurden, eine Repräsentativbefragung von 50.000 Schülerinnen und Schülern der 9. Klassen durch. Ein zentrales Anliegen des Forschungsprojektes ist es, die Auswirkungen unterschiedlicher sozialer und schulischer Integration von jungen Migranten auf ihre Delinquenzrate zu überprüfen.

Zwei Feststellungen dürfen aber schon heute getroffen werden. Die Tatsache, dass sich für Hannover ein starker Rückgang der Gewaltkriminalität junger Türken ergeben hat, ist zum einen eine nachhaltige Ermutigung für diejenigen, die bei der Bekämpfung von Jugendgewalt primär auf Maßnahmen schulischer und sozialer Integration setzen. Zum anderen wird eines deutlich: Wir sollten in der öffentlichen Debatte nicht generalisierend von „jungen kriminellen Ausländern“ sprechen. Wie das Beispiel Hannover zeigt, ist die Tatsache, dass junge Migranten in Deutschland zurzeit häufiger als junge Deutsche mit Straftaten auffallen, kein unveränderbares Naturgesetz. Wenn wir ihre hohe Gewaltrate reduzieren wollen, müssen wir dafür Sorge tragen, dass sich die familiären, sozialen und schulischen Rahmenbedingungen des Aufwachsens junger Menschen angleichen.

### Literatur

*Baier, D.* (2008). Entwicklung der Jugenddelinquenz und ausgewählter Bedingungsfaktoren seit 1998 in den Städten Hannover, München, Stuttgart und Schwäbisch. KFN-Forschungsberichte Nr. 104.

*Baier, D., Pfeiffer, C.* (2007). Gewalttätigkeit bei deutschen und nichtdeutschen Jugendlichen – Befunde der Schülerbefragung 2005 und Folgerungen für die Prävention. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen: KFN-Forschungsberichte Nr. 100.

*Baier, D., Pfeiffer, C.* (2007a). Hauptschulen und Gewalt. Aus Politik und Zeitgeschichte, 28, 17-26.

*Baier, D., Pfeiffer, C., Windzio, M.* (2006). Ethnische Gruppen und Gewalt. Junge Migranten als Opfer und Täter. In: Heitmeyer, W., Schrötte, M. (Hrsg.), Gewalt. Beschreibungen, Analysen, Prävention. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 240-268.

*Baier, D., Pfeiffer, C., Windzio, M., Rabold, S.* (2006). Schülerbefragung 2005: Gewaltverfahrungen, Schulabsentismus und Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen.

Abschlussbericht über eine repräsentative Befragung von Schülerinnen und Schülern der 4. und 9. Jahrgangsstufe. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen.

*Baier, D., Rabold, S. (2007).* Gewalt im Kindes- und Jugendalter. Aktuelle Befunde deutschlandweiter Schülerbefragungen. Jugend Beruf Gesellschaft. Zeitschrift für Jugendsozialarbeit, 58, 21-29.

*Enzmann, D., Brettfeld, K., Wetzels, P. (2004).* Männlichkeitsnormen und die Kultur der Ehre. In: Oberwittler, D., Karstedt, S. (Hrsg.), Soziologie der Kriminalität. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 240-263.

*Nisbett, R. E., Cohen, D. (1996).* Culture of honor. The psychology of violence in the south. Oxford: Westview.

*Möble, T., Kleimann, M., Rehbein, F. (2007).* Bildschirmmedien im Alltag von Kindern und Jugendlichen. Baden-Baden: Nomos.

*Pfeiffer, C. (1989).* Kriminalprävention im Jugendgerichtsverfahren. 2. Auflage. Köln: Heymann.

*Pfeiffer, C., Kleimann, M., Petersen, S., Schott, T. (2005).* Migration und Kriminalität. Ein Gutachten für den Zuwanderungsrat der Bundesregierung. Baden-Baden: Nomos.

*Pfeiffer, C., Möble, T., Kleimann, M., Rehbein, F. (2008).* Die PISA-Verlierer – Opfer ihres Medienkonsums. Eine Analyse auf der Basis verschiedener empirischer Untersuchungen. KFN: <http://www.kfn.de/versions/kfn/assets/pisaverlierer.pdf>.

*Rabold, S., Baier, D. (2008).* Ethnische Unterschiede im Gewaltverhalten von Jugendlichen – Die Struktur von Freundschaftsnetzwerken als Erklärungsfaktor. [http://www.migremus.uni-bremen.de/downloads/abstracts/rabold%20baier\\_1.pdf](http://www.migremus.uni-bremen.de/downloads/abstracts/rabold%20baier_1.pdf)

*Rösner, E. (1999).* Das Schulsystem in Deutschland. Hamburg: Bergmann und Helbig.

*Wilmers, N., Enzmann, D., Schaefer, D., Herbers, K., Greve, W., Wetzels, P. (2002).* Jugendliche in Deutschland zur Jahrtausendwende: Gefährlich oder gefährdet? Baden-Baden: Nomos.